



0159/S/25

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Gernsheim

Fraktionsvorstand, Schweriner Str. 5, 64579 Gernsheim

**Achim Jirele**  
Vorsitzender

Mobile: 0170 - 7844866  
Email: aj1@gmx.com

**Katrin Molter**  
1. stellv. Vorsitzende

Mobile: 0157 - 58754469  
Email: katrin.molter@gmail.com

An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
der Schöfferstadt Gernsheim  
% Stadtverwaltung Gernsheim  
64579 Gernsheim



**Noah Schollmeier**  
2. stellv. Vorsitzender

Mobile: 0151 - 62672796  
Email: noah.schollmeier@icloud.com

Gernsheim, den 22.05.2025

## **Prüfantrag: Verbot der Abgabe von Lachgas an Jugendliche**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die SPD-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag zu beschließen:

1.

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen und zu berichten, wie ein Verkaufs- und Weitergabeverbot von Lachgas (Distickstoffmonoxid) an Minderjährige im Stadtgebiet Gernsheim rechtlich und praktisch umgesetzt werden kann.

2.

Welche Maßnahmen zur Prävention und Aufklärung in Bezug auf den Missbrauch von Lachgas etabliert werden können (z. B. für Jugendliche, Eltern, Schulen, pädagogisches Personal und den Handel).

3.

Zur Erstellung eines Lagebilds sollen lokale Akteure, die im Bereich der Suchtberatung oder Prävention tätig sind, eingebunden werden, um die Situation vor Ort besser zu verstehen und zielgerichtete Maßnahmen

entwickeln zu können.

SPD-Fraktion Gernsheim  
Fraktionsvorstand  
Schweriner Str. 5  
64579 Gernsheim

Phone: 06258 – 2829  
Mobile: 0170 -7844866  
Email: aj1@gmx.com

Bankverbindung SPD OV:  
DE38 5085 25530003 0031 75  
Bankverbindung SPD Fraktion:  
DE77 5085 2553 0116 6886 07

**Begründung:**

Lachgas wird zunehmend als Rauschmittel missbraucht, insbesondere von Jugendlichen. Dies kann erhebliche gesundheitliche Risiken mit sich bringen, darunter neurologische Schäden und Bewusstlosigkeit. Um den Schutz von Minderjährigen zu gewährleisten, ist es erforderlich, präventive Maßnahmen zu ergreifen.

Eine mögliche Verordnung zum Verkaufs- und Weitergabeverbot würde einen wichtigen Beitrag zur gesundheitlichen Prävention leisten und die Gefährdung von Jugendlichen reduzieren.

Achim Jirele und Fraktion

